

Vorläufiges Ende einer Dienstfahrt

Martin Link ist Geschäftsführer im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Vor einem Roma-Winterabschiebungsstopp in Schleswig-Holstein?

Anfang November 2013 war Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner mit einer 16-köpfige Delegation aus u.a. ministeriellen Mitarbeitern, dem Flüchtlingsbeauftragten des Landtages, der Minderheitenbeauftragten des Ministerpräsidenten, dem Vorsitzenden des Landesverbandes der Sinti und Roma und Abgeordneten aller Fraktionen des Landtages von Schleswig-Holstein zur Stippvisite in Rumänien und Mazedonien. Insbesondere die Situation der Roma-Minderheit stand wohl auf dem Programm.

Was der Minister an neuen Erkenntnissen mitbrachte, kam nicht in einer offiziellen Erklärung seiner Behörde oder der Landesregierung daher, sondern fand in einem Artikel von Kay Müller in der Landeszeitung vom 7. November Verbreitung (siehe Seite 68). Als seine Quintessenz kündigte Breitner da u.a. eher beiläufig eine schärfere Gangart gegenüber vermeintlichen „Armutsfüchtlingen“ an.

Eingedenk der bis dahin i.d.R. flüchtlingsfreundlichen Äußerungen Breitners hat der Artikel bundesweit bei Fachleuten und in der Soliszene für einige Irritationen gesorgt. Immerhin können besorgte LeserInnen aus besagtem Artikel die Forderung nach Asylschnellverfahren für Roma und die Absage an einen Winterabschiebungsstopp herauslesen. Dass eine solche Politik u.a.

der Sorge um die heimatlichen Bildungsintegrationschancen von Kindern gerecht werde, ist mit Blick auf die systematische schulische Diskriminierung von Roma in den meisten Balkanstaaten kaum nachvollziehbar.

Doch der Minister gibt sich unbeirrt – „Ich werde auf Veränderungen drängen, denn die Mehrheit der Armutsfüchtlinge gefährdet den gesellschaftlichen Konsens, dass politische Flüchtlinge geschützt werden müssen.“ (sh:z, 7.11.2013) – und reist gleich nach Rückkehr aus Skopje nach Berlin, um dort insbesondere flüchtlings- und integrationspolitische Anliegen seiner Partei in den Verhandlungen über einen schwarz-roten Koalitionsvertrag zu vertreten.

Es ist wohl nicht allein dem von Andreas Breitner angekündigten



In einem Community Center in Amman (Jordanien) wird der Global Handwashing Day mit den Flüchtlingskindern aus Syrien organisiert. (Foto hier und Fotos auf folgenden Seiten, Foto: Farah Karimi, Flüchtlinge im Libanon und Jordanien, Oktober 2013 / siehe Seite 6)

Drängen auf Veränderung zuzuschreiben, was inzwischen im schwarz-roten Koalitionsvertrag [1] nachzulesen ist: „Wir wollen die Westbalkanstaaten Bosnien und Herzegowina, EJR Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsstaaten im Sinne von § 29a Asylverfahrensgesetz einstufen, um aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können. Wir wollen uns zugleich gegenüber den Regierungen dieser Staaten und der EU-Kommission dafür einsetzen, rasche und nachhaltige Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation vor Ort zu ergreifen.“ Auch nur kleine Fluchten aus dem heimatlichen Diskriminierungsalltag werden demnach künftig für Roma wohl noch schwieriger werden.

Wir haben weitere TeilnehmerInnen an der Reisedelegation nach Mazedonien nach ihren Eindrücken befragt.

Wolfgang Duda, MdL der Piratenfraktion, ist eingedenk der Situation für Roma in Mazedonien ratlos: „Nur wenige Roma können lesen und schreiben. So sind sie chancenlos in einem Land, dessen Arbeitslosenquote

Auch nur kleine Fluchten aus dem heimatlichen Diskriminierungsalltag werden künftig für Roma wohl noch schwieriger werden.

je nach Lebensalter zwischen 50 und 70 Prozent beträgt. ... Zusammen gestellte Pappkartons dienen Familien als Behausung. Um nicht zu erfrieren, verbrennen die Roma Plastikabfälle. Einer fünfköpfigen Familie stehen umgerechnet etwa 100,- Euro monatlich an Hilfe zum Lebensunterhalt zu“, die sie aber nur gegen horrendes Gebühren bekommen können. Kritisch sieht Duda deutsche Investments in Mazedonien: „Sie stabilisieren ein Niedriglohnland als Niedriglohnland auf Dauer mit der Folge, dass sich nichts für die Menschen ändern kann. Und auch

deswegen müssen zwölf- bis 15jährige Roma-Mädchen entlang der Landstraßen zum Kosovo und zu Serbien in von der korrupten Polizei geschützten Appartements als Zwangsprostituierte dienen, die im System bessere Chancen haben.“ Daraus schließt Duda: „Wenn die Roma in diesem Winter wieder zu uns kommen, weil sie zu Hause nicht erfrieren wollen, stellen sie uns damit eine Hausaufgabe, die wir nicht hätten, wenn wir unsere Pflichten erledigen würden“, denn „die Roma, die jetzt wieder zu uns kommen, sind auch das Opfer unserer Gier und Verantwortungslosigkeit.“



Dabei die ganze Region zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, gingen die Grünen nicht mit.

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Eka von Kalben, ist angesichts der erlebten Diskriminierung erschüttert: „Die wenigen Jobmöglichkeiten, zum Beispiel das Einsammeln von Recycling-Müll, sind im Winter durch den Schnee stark eingeschränkt und die Unterkünfte, die zum Teil nur ganz einfache Pappunterstände sind, bieten keinen Schutz vor der eisigen Kälte.“ Dabei die ganze Region zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, gingen die Grünen nicht mit. „Wir haben – leider – kaum Möglichkeiten,

dafür zu sorgen, dass die EU-Mittel oder die Entwicklungshilfemittel, die zur Unterstützung der Roma gedacht sind, dort auch wirklich ankommen. Deshalb wollen wir ihnen hier Schutz geben – vor Diskriminierung, vor Hunger und Kälte – wenn sie ihn brauchen. Unabhängig davon, ob sie wieder zurückgehen wollen, wenn die winterlichen Temperaturen nicht mehr bedrohlich sind, oder nicht.“

Delegationsteilnehmer MdL
Oliver Kumbartzky(FDP) hält einen
Winterabschiebungsstopp für Roma aus

Balkanstaaten auch nach der Reise nach Mazedonien für geboten.

Am 4. Dezember meldet die „Kieler Nachrichten“, dass es in diesem Winter doch zu einem schleswig-holsteinischen Winterabschiebestopp von Bakkan-Flüchtlingen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien kommen soll. Der Flüchtlingsrat SH äußerte seine Freude über diesen Plan und appelliert an den Bund, auf die Zuschreibung „sicherer Herkunftsländer“ für Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien zu verzichten [2].

Anmerkung

1 http://www.spd.de/linkableblob/112790/data/20131127_koalitionsvertrag.pdf

2 www.frsh.de —> Aktuelles
—> Presseerklärungen

